

An
Sigmar Gabriel
Außenminister der Bundesrepublik
Deutschland

bundesweite Initiative
“WIR SIND GOETHE“
c.o.
Goethe Institut
Diesterwegplatz 72
60594 Frankfurt a. M.

Frankfurt, 12.02.17

Sehr geehrter Herr Außenminister,

vielleicht haben Sie es schon in den letzten zwei Wochen der Presse entnommen: Am Goethe-Institut hängt der Hausseggen schief. Ende Januar haben rund vierhundert Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer im Inland, gekleidet in die dürren Bürokratenworte einer weitergeleiteten Mail des Vorstandes in München, die Nachricht erhalten, dass sie je nach Vertragslage binnen einer, zwei, drei oder vier Wochen auf der Straße stehen: „Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir zum gegebenen Zeitpunkt keine weitergehenden Aussagen zum Sachverhalt machen können“, so der beruhigend informative Schlusssatz unter der Kündigungsmail aus München. Grund für den Rauswurf ohne Vorwarnung: Die Bundesanstalt für Renten hat bei einer Statusprüfung der freien Mitarbeiter des Goethe-Instituts die Beschäftigung derselben als Scheinselbstständigkeit eingestuft.

Aufgrund der prekären Beschäftigung also, die sich Deutschlands führender Sprachvermittler seit zwanzig Jahren zunehmend leistet, stehen nun ca. 75% der Goethe-Lehrerinnen und Lehrer im Inland, sowieso schon durch die ihnen zugemuteten Arbeitsbedingungen ohne soziale Absicherung, vor dem Nichts: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“, so fühlen sich viele von uns behandelt und sind wütend und empört, gerade weil wir uns mit dem Goethe-Institut identifizieren und vor Ort das pädagogische Profil der Inlands-Institute als hervorragend und motivierend erlebt haben. Nun wird ein Gutteil der Kurse ersatzlos gestrichen und die Kollegien sind auf einen Schlag wenn nicht enthauptet, so doch amputiert.

Es kann unserer Meinung nach nicht angehen, dass der Vorstand des Goethe-Instituts glaubt, ohne jegliches Gesprächsangebot an die betroffenen freien Mitarbeiter und ohne eine grundsätzliche Kursänderung seiner unsozialen Beschäftigungspolitik aus der selbst geschaffenen Krisensituation herauszukommen.

Gewerkschaft und Betriebsrat sowie Vertreter der freien Mitarbeiter haben seit Jahren schon und immer dringlicher seit der beginnenden Statusprüfung durch die Rentenanstalt 2014 die Forderung gestellt, beispielsweise über Tarifverträge für freie Mitarbeiter und ein Umsteuern in der prekarisierenden Beschäftigungspolitik zu reden – ohne Erfolg. **Statt zumindest einen Plan B entwickelt zu haben für den Fall, dass die Bundesrentenanstalt die sozialen Realitäten am Goethe-Institut beim Namen nennt (erinnern wir uns an das Märchen vom Kaiser und den Kleidern), werden nun vierhundert freie Mitarbeiter mir nichts, dir nichts in die Wüste geschickt, brechen nun weite Teile des von ihnen gehaltenen Kursangebots ein, wird das hart erarbeitete pädagogische Renommee und Profil des Goethe-Instituts bei Kursteilnehmern und in der Öffentlichkeit leichtfertig aufs Spiel gesetzt und das amputierte „Rumpf-Goethe“ in seiner Existenz gefährdet.**

Dass nun von der Zentrale in München bis zu vierzig zeitlich befristete Verträge aus dem Hut gezaubert werden, ist sicherlich im Einzelfall eine Chance, persönliche Notlagen zu überbrücken, ändert aber bei insgesamt über vierhundert Betroffenen nichts an der grundsätzlich unhaltbaren Situation.

Halten wir fest:

Das Goethe-Institut als kulturelles Aushängeschild der Bundesrepublik Deutschland und Sprachvermittler par excellence verfolgt im Inland seit den 90er Jahren **eine gezielte Prekarisierungspolitik**. Waren Anfang der 90er nur ca. 30 % der Kursleiterinnen und Kursleiter freie Mitarbeiter, so sind es heute bundesweit über zwei Drittel der akademisch und pädagogisch hochqualifizierten Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer, bei denen das Goethe-Institut sich um seine sozialen Verpflichtungen als Arbeitgeber drückt: Keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld und Verträge von Kurs zu Kurs ohne Sicherheit und Perspektive. Das heißt konkret, dass die Minderheit der festangestellten Kolleginnen und Kollegen für dieselbe Arbeit in denselben Kursen drastisch besser bezahlt wird, ganz zu schweigen von der Ungleichheit in der sozialen Absicherung. **Gleiches Geld, gleiche Rechte für gleiche Arbeit? Beim Goethe-Institut Fehlanzeige! Wir fragen: Repräsentiert diese Ungleichbehandlung und Doppelmoral das Kultur- und Sozialmodell der Bundesrepublik Deutschland? Sicherlich nicht!**

Dass das Goethe-Institut dabei in der Branche der Sprachanbieter nur die Spitze des Eisbergs darstellt, macht die Sache nicht besser, im Gegenteil. Das Goethe-Institut als im Ausland quasi halbstaatliche Institution und im Inland gemeinnütziger (sic!) Verein, hätte allen Grund angesichts von Millionensubventionen für die Auslandsinstitute und saftiger Gewinne bei den Inlandsinstituten (siehe die Rekordeinnahmen der letzten Jahre) endlich nicht nur in Smartboards und Moodle-Systeme, sondern auch in sozial faire statt prekäre Beschäftigung zu investieren.

Wir fordern deshalb:

- **einen Runden Tisch am Goethe-Institut unter Beteiligung von Gewerkschaft, Betriebsrat und freien Mitarbeitern statt Verlautbarungen und Live-Chat-Audienzen des Vorstands, bei denen die eigentlich Betroffenen, wie diese Woche geschehen, ausgeschlossen werden.** Das Goethe-Institut muss für die betroffenen freien Mitarbeiter, von denen es jahrelang profitiert hat, seine soziale Verantwortung wahrnehmen und kann sie nicht mit Brosamen für einige wenige abspesen. Konzepte dafür liegen von Betriebsrats- und Gewerkschaftsseite auf dem Tisch.
- **Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Beschäftigungspolitik des Goethe-Instituts im Sinne von „Fair statt Prekär“ muss eingeleitet werden. Das Goethe-Institut muss endlich seinem eigenen kulturellen Anspruch auch sozial gerecht werden.** Es kann nicht nach außen die Grundwerte der Bundesrepublik repräsentieren und im Innern „Manchester-Kapitalismus“ praktizieren.
- **Personelle Konsequenzen angesichts der schwerwiegenden Management-Fehler im Vorstand müssen gezogen werden.** Es kann nicht sein, dass wie in der Bankenkrise die eigentlich Verantwortlichen ungeschoren bleiben, während die Betroffenen „gehängt“ werden.
- **Die Bundesministerien, die dem Goethe-Institut eng verbunden sind (Außen- und Finanzministerium), müssen ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen und den Vorstand auf die sozial unhaltbaren Zustände hinweisen sowie Konsequenzen einfordern.**

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Gabriel, als jemanden, dem das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ am Herzen liegt und der als Außenminister dem Goethe-Institut eng verbunden ist, mit diesem Offenen Brief motivieren, die Ihnen zur Verfügung stehenden Kanäle zu nutzen, um das Thema Gerechtigkeitslücke beim Goethe-Institut innerhalb und außerhalb des Außenamtes zur Sprache zu bringen.

Jede Woche verschwinden Kolleginnen und Kollegen, die für das Goethe Institut ihr Bestes gegeben und sich mit ihm identifiziert haben, sang- und klanglos aus dem Lehrerzimmer. Jede Woche fragen Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer, warum die Lehrkraft, die sie kompetent und engagiert unterrichtet hat, in Zukunft nicht mehr unterrichten wird, warum ihre Kurse zukünftig ausfallen werden. Wir finden, diese Situation kann und darf nicht das Ende vom Lied sein!

Deshalb wird es am 15.2.2017 unter der Überschrift „WIR SIND GOETHE: fair statt prekär“ einen bundesweiten Aktions- und Protesttag an verschiedenen Goethe-Instituten im Inland mit Mahnwachen und Infoständen geben. Sollten Sie oder Ihre Mitarbeiter uns kontaktieren wollen, können Sie das unter wir-sind-goethe@gmx.de oder unter mobil 0157 76667783 gerne tun.

Wir hoffen, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

Die Initiative „WIR SIND GOETHE“

(Unterzeichner liegen den Verfassern vor)